

Klug, Tony: Visions of the Endgame. A strategy to bring the Israeli-Palestinian conflict swiftly to an end. Fabian Society: Oxford Research Group, May 2009. 31 pp.

Nach Daniel C. Kurtzers und Scott B. Lasanskys Abhandlung „Negotiating Arab-Israeli Peace. American Leadership in the Middle East“¹ hat Tony Klug ein dezidiertes und umfassendes Programm für die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts vorgelegt. Während die beiden US-amerikanischen Autoren die Überwindung der prozeduralen Schwächen im diplomatischen Dienst ihres Landes anmahnten, konzentriert der britische Nahostexperte seinen Entwurf auf den Nahen Osten selbst und misst ihrer Akzeptanz bei aller Bescheidenheit im Vortrag ein hohes Maß an Dringlichkeit zu. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass der Konflikt auf den Zenit seiner Unlösbarkeit zusteure und dabei auch die internationalen Beziehungen verpeste. In diesem Falle bleibe „Frieden“ auf beiden Seiten ein Schimpfwort („*four-letter word*“).

Klug, der in London an der Leitung des „Arab-Jewish Forum“ beteiligt ist und in der deutschen Botschaft zweimal zur seiner Streitschrift – „*pamphlet*“, wie er schreibt – eingeladen war, untersucht die den Konflikt belastenden Faktoren und meldet einen Strategiewechsel an, der von innen und außen angegangen werden muss. Zu ihm rechnet er das Recht und die Pflicht der internationalen Gemeinschaft – allen voran die der Administration Barack Obamas und des Nahost-Quartetts –, schnell und entschieden, offen und verdeckt zu intervenieren. Dass ein solcher Doppelansatz von den Akteuren vor Ort regelmäßig unterlaufen worden ist, weiß auch der Verfasser. Gleichwohl zeigt er sich von ihm überzeugt, weil die Palästinenser und die Israelis mit ihren Traumatisierungen verzweifelt nach einem Ausweg aus dem scheinbar unlösbaren Problem suchen würden.

Zur Begründung seiner Empfehlungen verweist Klug darauf, dass in aller Welt Bewegungen an Boden gewonnen haben, die den jüdischen Staat boykottieren wollen und sein Recht auf Existenz in Frage stellen, ohne dass solche Befürwortungen unter der jungen und heranwachsenden

¹ Dazu die Besprechung dieser Arbeit via www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-52-Kurtzer-Lasansky.pdf.

Generation von der Geschichte beider Völker genug wüssten, sondern lediglich das Elend der gegenwärtigen Entwicklungen im Blick hätten. Junge Ägypter – dies gilt im Übrigen mehrheitlich auch für Jordanien – würden den Friedensvertrag mit Israel von 1979 mittlerweile in Frage stellen. Bedrohlich bleibt für den Autor außerdem, dass immer mehr Palästinenser die Idee des einen Staates für beide Völker favorisieren, auch wenn er einen bitteren und langen Kampf mit unsicheren und nicht unbedingt wünschenswerten Konsequenzen auslösen werde.

Starke Vermittlerrolle

Als Gegenmittel gegen anfängliche Widerstände vor Ort schlägt Klug politische Überzeugungsarbeit auf mehreren Qualitätsniveaus vor. Dabei räumt er ein, dass die Perspektive einer Konfliktpartei nicht genau dieselbe sein muss wie die eines außenstehenden Vermittlers, der für ihn nicht notwendigerweise eine Regierung ist. So misst er der Friedensorganisation „J Street“ in den USA einen hohen Stellenwert bei, weil sie auf die große Mehrheit der amerikanischen Juden im Hinblick auf die Zweistaatenlösung bauen könne. Seit Vorlage seiner Schrift hat sich nunmehr in Washington eine zweite Initiative mit dem Appell „Um Zions Willen“ bemerkbar gemacht, während in Europa die Gruppe „JCall“ mit einem „Aufruf an die Vernunft“ die Öffentlichkeit sucht².

Klug zeigt sich davon überzeugt, dass eine Lösung von außen unvermeidlich ist. Denn im Gegensatz zu Südafrika und zum dortigen Kampf um die Menschenrechte handele es sich im Nahen Osten hauptsächlich um den Zusammenstoß zweier Nationalbewegungen. Die Lösung des Konflikts mit seinen regionalen Bezügen werde durch die Arabische Friedensinitiative von 2002 abgedeckt. Dauert der Konflikt indes fort, so stehe die Region vor dem Risiko, dass der von George W. Bush verkündete globale „Krieg gegen den Terror“ in einen einzigen Krieg einmünde, den Krieg im Nahen Osten.

² Der Wortlaut beider Appelle lässt sich in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage nachlesen.

„Hamas“ habe mehr als einmal ihre Bereitschaft zu einem Ausgleich auf der Grundlage der Grenzen vor dem Junikrieg 1967 angedeutet. Deshalb wäre es angezeigt gewesen, dass ihr die internationale Staatengemeinschaft nach den palästinensischen Parlamentswahlen vom Februar 2006 Raum genug gegeben hätte, damit sie ihre Entwicklung zu einer politischen Kraft vorantreiben kann sowie die internen Spannungen und Spaltungen überwindet. Auch heute lasse dieser Prozess von außen entweder fördern oder verzögern. Klug ruft dazu auf, dass sich die internationale Gemeinschaft unabhängig und konstruktiv mit der „islamischen Gruppe“ auseinandersetzt. Andererseits sei es unlogisch, von Israel das Ende seiner Handelssanktionen gegen den Gazastreifen zu verlangen und im gleichen Atemzug weltweit nach Handelssanktionen gegen Israel zu rufen.

Für das Scheitern aller bisherigen Friedensbemühungen macht der britische Nahostexperte fünf Fehleinschätzungen und Illusionen verantwortlich:

1. Die internationale Gemeinschaft sei davon ausgegangen, dass die Konfliktparteien guten Willens und einer gemeinsamen Zukunft verpflichtet seien.
2. Hinzu sei die Vorstellung getreten, dass wahres Vertrauen durch Zwischenschritte als Vorbedingung für eine Friedensregelung erreicht werden könne. Der Autor rechnet dazu ein „Rahmenabkommen“, die Vorstellungen von einem „wirtschaftlichen Frieden“ sowie von einem „vorläufigen Staat“ mit „vorläufigen Grenzen“. Für ihn verschieben solche interimistischen Absichten und Vereinbarungen die Abschlussregelung auf unbestimmte Zeit. Dieser Eindruck gewinnt in den Außenministerien an Boden.
3. Außerdem sei die Überzeugung vorherrschend gewesen, dass das Ende der Gewalt seitens der Palästinenser das Fundament für das Ende der israelischen Militärbesatzung sein werde statt umgekehrt. Auf indirektem Wege verweist Klug damit auf die bedenkliche Reihenfolge der Forderungen in der Präambel der „Road Map“ vom Frühjahr 2003.

4. Die palästinensischen Fraktionen gegeneinander auszuspielen, um den Frieden zu fördern, gehöre ebenfalls zum Kreis virtueller Phantasien. Tatsächlich hat die Konzentration der Hilfszusagen an die Autonomiebehörde inzwischen Entscheidungen Platz gemacht, über den „Temporary International Mechanism (TIM)“ von 2002 und in Fortführung durch PEGASE von 2008 sowie mit Hilfe der „UN Relief and Works Agency (UNRWA)“ Projekte auch im Gazastreifen zu fördern. Jüngst hat das Berliner Auswärtige Amt – und zwar aus Anlass des Besuchs von Ministerpräsident Salam Fayyad Mitte Mai 2010 – angekündigt, für die Energieversorgung im Gazastreifen zwanzig Millionen Euro auszuzahlen.
5. Klug hält der internationalen Politik vor, dass sie die Ermutigung zu direkten israelisch-palästinensischen Verhandlungen für notwendig und nützlich halte, ohne den zentralen Topos des Status der Asymmetrie hinreichend zu bedenken. So hätten die Verhandlungen nach den Gesprächen in Taba (Januar 2001) großartige Hoffnungen genährt und – als sie zusammenbrachen – die Verzweiflung verstärkt.

Aus diesen Befunden heraus leitet Klug die Forderung nach einer ernst zu nehmenden Strategie mit klarem Horizont, konkreten Absichten und einem wirksamen Mechanismus ab. Für ihn schließt sie Zwischenschritte nicht aus, sofern sie so robust sind, dass die ausgemachten Ziele nicht bei der ersten Gewalttat oder bei Verzögerungstaktiken einer Partei hinfällig werden. Deshalb müsse eine wirksame internationale Strategie stark genug sein, unabhängig von der politischen Farbe der Hauptkonfliktparteien zu agieren. „Mit anderen Worten, sie sollte sich nicht und wann auch immer in die Abhängigkeit einer an der Macht befindlichen politischen Koalition in Israel und bei den Palästinensern begeben.“ Von letzteren sei zu verlangen, dass „Fatah“ und „Hamass“ zumindest auf ein stilles Einvernehmen hinarbeiten, das die Einmischung in das von ihnen jeweils kontrollierte Territorium verhindert.

Auf der israelischen Seite sei auf das authentische Ende der Doppeldeutigkeit hinarbeiten, sich rhetorisch zur Zweistaatenlösung zu bekennen, aber ständig die „facts on the ground“ zu vermehren und Beweise für den Rückzug aus der Westbank schuldig zu bleiben. Für die Zwischenphase kann nach Ansicht des Autors Jordanien eine vereinbarte

Sicherheitsrolle übernehmen, um politische Abmachungen in der Westbank vor ihrer Verletzung zu schützen, oder das Territorium könne in ein von den USA gelenktes internationales Protektorat überführt werden. Eine ähnliche Rolle lasse sich für Ägypten im Gazastreifen denken. Kritisch sei angemerkt, dass an dieser Stelle manche Nacharbeiten im Prinzip und in den Details vonnöten sein werden. Warum der Autor hier nicht die Vorschläge der israelisch-palästinensischen „Genfer Initiative“ weiterentwickelt hat, entzieht sich dem Urteil des Rezensenten.

Klug betont, dass die Standhaftigkeit und die Ausdauer des Quartetts sehr wohl von der Bereitschaft der Hauptkonfliktparteien abhängen, miteinander Frieden zu schließen. Dazu fasst er seine Überlegungen in drei Phasen zusammen:

1. Das Quartett und andere „internationale Mechanismen“ (wozu der Autor China als Mitglied des UN-Sicherheitsrates zählt) laden alle Hauptkonfliktparteien – Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde, „ Hamas“ und die Regierungen der Nachbarstaaten – ein, ihre endgültigen Visionen für eine Abschlussregelung innerhalb von etwa sechs Monaten vorzulegen. Das Quartett seinerseits kündigt frühzeitig an, dass es in der zweiten Phase seinen eigenen und endgültigen Vorschlag einreichen wird, der sich auf die Anliegen der Hauptkonfliktparteien besonders dort stützt, wo sie sich überlappen. Das Quartett erklärt außerdem, dass es in diese zweite Phase unabhängig davon übergehen wird, ob die Hauptkonfliktparteien ihre Vorlagen eingereicht haben. Mit anderen Worten: Ihr Ausbleiben darf nicht den Prozess verzögern, vielmehr wird sich das Quartett nicht aufhalten lassen. Für seine Erstellung seines Papiers greift es auf einen Kreis sorgfältig ausgewählter sowie von geographischen und politischen Rücksichten befreiter unabhängiger Experten zurück, die nicht auf die Zustimmung der Hauptkonfliktparteien angewiesen sind.

2. Das Quartett formuliert seinen endgültigen Vorschlag für die Schlussphase, in der das Ende des Konflikts unter Einbeziehung seiner regionalen Dimensionen markiert wird. Auch für diese Phase gibt Klug einen Zeitplan von sechs Monaten für die Implementierung vor, welche die Grenzziehungen, die Bereiche der (geteilten) Souveränität sowie die

Rolle der internationalen Rechtssprechung einschließt. Dabei sind für Tony Klug mehrere offene Fragen zu beantworten

- zu Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten,
- zur vollständige Unabhängigkeit beider Staaten,
- zur Nutzung der diplomatischen und natürlichen Ressourcen,
- zur Regelung der Sicherheitsangelegenheiten,
- zum Ausmaß und die Bereiche der Demilitarisierung,
- zur Bewegungsfreiheit zwischen beiden Staaten,
- zum Zugang zu den religiösen Stätten und die Klärung ihrer Souveränität,
- zum Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge von damals und ihrer Nachkommen; auch hier legen seitens der „Genfer Initiative“ wesentliche Vorarbeiten auf dem Tisch,
- zur Zukunft der jüdischen Siedlungen in der Westbank und das Angebot an ihre Bewohner, als gesetzestreue Bürger dort zu verbleiben entsprechend der Zahl der palästinensischen Flüchtlinge, die nach Israel zurückkehren dürfen – eine höchst interessante Verbindung zweier Faktoren,
- zum Gebietsaustausch zwischen beiden Staaten,
- zur Einrichtung eines Wahrheits- und Versöhnungsprozesses sowie
- zur Förderung einer Kultur des Friedens.

3. In dieser abschließenden Phase präsentiert das Quartett unter einer starken Führung die endgültigen Ergebnisse zur Beendigung des epochalen Konflikts. Auch hier gehört ein Zeitrahmen von einem bis zwei Jahren für ihre konkrete Umsetzung einschließlich der vereinbarten

Zwischenschritte dazu. Auf der Realisierung soll durch erhebliche Anreize und Strafen an die Adresse der Hauptkonfliktparteien gedrungen werden.

Die Resultate werden dem UN-Sicherheitsrat zur Bestätigung und Bekräftigung seiner Legitimität vorgelegt.

Totgesagte leben länger

Nachdem die „Road Map“ von vielen internationalen und von allen regionalen Akteuren längst *ad acta* gelegt worden ist, entdeckt Tony Klug ihre Nützlichkeit neu. Um ihr zur Geltung zu verhelfen, begnügt sich der Londoner Nahost-Experte jedoch nicht mit den üblichen Rückgriffen auf den Wegeplan, der den Hauptkonfliktparteien zu viele Spielräume der Manipulation einräumte, sondern weist dem Quartett eine bestimmende und ausschlaggebende Aufgabe zu, mit der sich die damaligen Autoren nicht anfreunden wollten, weil sie auf ihr eigenes Gewicht setzten.

Zusätzlich hütet sich Klug davor, Zensuren zu verteilen, Schuldzuweisungen vorzunehmen oder zu einem groben Diktat zu raten, das in der Region selbst bei jenen auf Widerstand stoßen würde, die den Zielen des Prozesses mit offener Sympathie begegnen. Ihm ist bewusst, dass solche Einfältigkeiten der Komplexität und der Gemengelage des Konflikts nicht hinreichend gerecht werden: Der Verzicht auf das landläufige „*Israel bashing*“ macht die Differenz zu einer pro-aktiven Diplomatie aus. Würde es ausschließlich bei Kritik und Verdammung bleiben, böten sie der Regierung in Jerusalem eine willkommene Chance, alle friedenspolitischen Ansätze mit Gegenvorwürfen zu belasten, wenn nicht den Prozess ganz zu hintertreiben.

Ohne an dieser Stelle der Frage nachzugehen, welche Modifikationen sich bei der Abgrenzung der drei ins Spiel gebrachten Phasen anbieten würden, schließt der Autor seinen Diskussionsentwurf mit der Überzeugung ab, dass Israelis und Palästinenser vom Schicksal bestimmt sind, Seite an Seite zu leben. Insofern ist sein „Pamphlet“ auch eine unüberhörbare Aufforderung an Europa, sein politisches Gewicht stärker als bisher in die nahöstliche Waagschale einzubringen. Der Durchgriff auf den Frieden

wäre zugleich ein Zeichen für die eigene Glaubwürdigkeit, nachdem sich die Diplomatie seit langem den Vorwurf gefallen lassen muss, dass sie gegenüber den sogenannten Sachzwängen – der Eindämmung von Gewaltausbrüchen, der Kritik an Siedlungsvorhaben, der Verhinderung von humanitären Katastrophen – regelmäßig kapituliert, statt an die Stelle des Konfliktmanagements vor allem jenen Topoi zentrale Aufmerksamkeit zu schenken, aus denen sich alle jeweils aktuellen Vorgänge und Entwicklungen ableiten lassen: von den Grundsätzen der Souveränität und Legitimität. Auch insofern hat Tony Klug den Radius seiner Empfehlungen gegenüber Daniel C. Kurtzer und Scott B. Lasansky erweitert, die das Weiße Haus und das State Department als Adressaten im Auge hatten. Gleichwohl wird auf die erstaunlichen Parallelen in der Argumentation der drei Autoren gesondert zurückzukommen sein.

Reiner Bernstein

Abgeschlossen am 20.05.2010
